zur Annahme des Statthalterpostens zu bewegen, so mußte jeder Einsichtige glauben, daß der leitende Staatsmann die Nothwendigkeit begriff, Mähren nicht den Czechen Preis zu geben, und ihm die Bedeutung klar sei, welche das Land Mähren für die staatsrechtliche Gestaltung der Monarchie hat. Nichtsdestoweniger machte Graf Taaffe die Entdeckung, daß ein junger Aristokrat, trotz seines deutschen Namens, ausgesprochener Föderalist und entschiedener Czechisch-Nationaler, Graf Schönborn, der geeignete Statthalter für Mähren sei. Nicht lange nach seiner Ernennung hat Graf Schönborn in einer Candidatenrede sich ausdrücklich selbst in dieser Weise charakterisirt.

In dieser Ernennung erblicken die Nationalen die Aufforderung, mit ihrem Begehren nur noch rückhaltloser aufzutreten, die Beamtenschaft verlor vollkommen die Boussole; die von allen Seiten bedrohten Deutschen lassen den Muth sinken. Namentlich schlimm steht es um die Schulangelegenheiten, Schulreferent und die Landesschul-Inspectoren wetteifern darin, den Winken des Statthalters Rechnung zu tragen, — und diese Winke gehen immer auf Erfüllung der nationalen Wünsche.

Der Landschulrath steht in seiner Majorität ganz auf nationaler Seite und bei den Lehrerbesetzungen wird auf nationale Gesinnung vorwiegend Rücksicht genommen. Unbestraft werden Schul-Inspectoren, welche in früherer Zeit ernannt, nicht im czechischen Lager stehen, verunglimpft und ungestraft die Lehrerschaft gegen sie verhetzt. Die Gründung neuer czechischer Gymnasien — also neuer nationaler Agitationsherde — wird von Seite des Landesschulraths mitunter gegen den erkenntlichen Willen des Unterrichtsministers — mit aller Wärme gefördert; man weiß, wie sehr der Statthalter derlei Bestrebungen unterstützt und sich stets auf nationale Seite stellt, wie er sich denn auch in seinem Umgange keine Beschränkungen auferlegt, fast nur mit Gesinnungsgenossen verkehrt und von politischen Persönlichkeiten des Landes nur zu einem Manne in sehr intimen Beziehungen steht — zum jetzigen Führer der Czechenpartei, zu Prazak's Nachfolger und Freund, zu Dr. Schram. Daß durch eine solche Haltung des obersten Chefs der Administration die nationalen Bestrebungen in Mähren mächtig gefördert werden — von dem Einfluß der unter Prazak stehenden Justiz gar nicht zu reden — liegt auf der Hand.

Und dazu kommt noch die letzte Bischofs-Ernennung!

Die beiden früheren Brünner Bischöfe waren Gegner der nationalen und politischen Hetzereien seitens der Geistlichkeit und jene oben beklagten Vorgänge, durch welche sich die Olmützer Diöcese hervorthat, kamen beim Brünner Ordinariate nicht vor.

Zum Erstaunen Aller wird nun — obwohl es beim Brünner (und Olmützer) Domcapitel an würdigen Candidaten für den Bischofsitz nicht mangelt — abermals aus Prag ein junger Mann auf den Brünner Bischofsitz gebracht, dem der Ruf czechisch-nationaler Gesinnung vorangeht. Ein czechisch-feudaler Statthalter und ein czechischer Bischof in Brünn — das wirkt für die Czechisirung Mährens mehr als zehn Sprachenverordnungen und mögen diese noch so deutsch-freundlich verfaßt sein.

Ein weiteres Mittel zur Gewinnung der unteren städtischen Wählerschaften hat man in der Gewerbe-Ordnung gefunden. Der kleine Gewerbestand, der durch die Herabsetzung des Wahlzensus erhöhte politische Bedeutung gewonnen hat, ist in den Städten ohnehin meist slavischer Abstammung; er ist in schlechter materieller Lage und es gehört daher nicht viel dazu, ihn durch einige Schlagworte, wie: Einschränkung der Gewerbefreiheit, Befähigungsnachweis u. dgl., auf seine Seite zu bringen. Aerger ist wohl Niemand düpirt worden als diese Gewerbetreibenden mit der Belcredi'schen Gewerbe-Ordnung, — aber für den Moment wirkte der Schwindel und führt eine in manchen Wahlbezirken ausschlaggebende Wählerschaft in die Arme der Föderalisten.

So sind alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mit dem Zurückdrängen des Deutschthums, mit der Slavisirung der unteren städtischen Volksschichten, mit der thunlichsten Propagirung des czechischen nationalen Gedankens Mähren für den Föderalismus reif zu machen. Dann ist aber auch — wir haben es oben nachgewiesen — der Föderalismus in den österreichischen Erblanden nicht mehr aufzuhalten. Auch der Wille der Krone — so mächtig dieser Factor in Oesterreich ist — kann ihn dann nicht mehr abwenden. Der Föderalismus bedeutet in nationaler Beziehung die Preisgebung der Deutschen in den nördlichen und südlichen Ländern, ihre Unterjochung unter die slavische Oberherrschaft. In Inner-Oesterreich bedeutet er die unbestrittene Herrschaft der Klerikalen in Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich, vielleicht auch in Steiermark.

Das also ist die Aussicht für die Deutschen in nationaler und freiheitlicher Beziehung. In staatsrechtlicher Beziehung heißt das aber das Chaos diesseits und jenseits der Leitha; da jener Zustand direct zur Personalunion und damit zu einer Reihe endloser Verwirrungen führt. Ist es Absicht — ist es unbegreifliche Verblendung, welche die Grundlagen, auf welchen die österreichische Monarchie ruht, einsetzt, um ein in sich haltloses Ministerium zu stützen?

Leipzig, 27. August 1882.

Wie der „Post" mitgetheilt wird, hätte Seine Majestät der Kaiser dem durch den schonungsbedürftigen Gesundheitszustand motivirten Ersuchen des commandirenden Generals des Gardecorps Sr. königl. Hoheit des Prinzen August von Württemberg entsprochen und dessen Abschied bewilligt.

Herr von Schlözer weilt zur Zeit bei dem Reichskanzler in Varzin. Ohne Zweifel wird es jetzt entschieden, auf welcher neuen Grundlage die gänzlich ins Stocken gerathenen und verfahrenen Verhandlungen mit der Curie wieder aufgenommen, oder ob sie überhaupt ruhen gelassen werden, nachdem man sich von der gänzlichen Aussichtslosigkeit hat überzeugen müssen, auf dem bisher eingeschlagenen Weg vom Fleck zu kommen. Wir hoffen das Letztere. Was man seit Jahresfrist auf kirchenpolitischem Gebiet erlebt, war eine fortgesetzte Kette von größeren und kleineren Zugeständnissen und Rücksichtnahme gegenüber der Curie und als Erwiderung Beleidigungen, Feindseligkeiten, Herausforderungen auf der ganzen ultramontanen Linie, von den kirchlichen Oberen bis zur Presse, nirgends aber auch nur das geringste Zeichen thatsächlichen Entgegenkommens und ehrlichen Strebens, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. An diesem einfachen Sachverhalt kann keine Beschönigung etwas ändern. Es wäre kaum mehr zu verstehen, wenn man nach all diesen bittern Erfahrungen in der bisherigen Weise fortfahren sollte und sich der Hoffnung hingeben könnte, durch Entgegenkommen und Zugeständnisse irgend etwas anderes zu erreichen als Steigerung der Ansprüche und der Schroffheit im Auftreten bei dem anderen Theil. Und wenn wenigstens die ultramontane Partei auf nichtkirchlichen Gebieten der Politik sich als werthvolle Bundesgenossin der Regierung erwiesen hätte! Dann wäre es nicht zu billigen, aber zu begreifen, wenn die letztere durch ihre entgegenkommende Haltung in der Kirchenfrage sich dankbar erwiese. Aber was hat denn das Centrum in außerkirchlichen Fragen dem Reichskanzler zu Gefallen gethan? Nichts von irgend welchem Belang. Wenn ein praktischer Rechner, wie der Reichskanzler ist, nach Allem was in jüngster Zeit geschehen, noch immer an dem Gedanken festhalten sollte, durch Verhandlungen mit der Curie zum kirchlichen Frieden zu gelangen und mit Hilfe des Centrums seine politischen Pläne durchzuführen, so begreifen wir diese Illusionen nicht mehr.

Der Reichskanzler hat bekanntlich in einer seiner letzten Reichstagsreden dem jetzt entscheidenden preußischen Abgeordnetenhaus den schwersten Vorwurf aus dem Liegenlassen des Verwendungsgesetzes gemacht; er hat die Vereinbarung eines Verwendungsgesetzes für die dringendste und wichtigste Aufgabe des neuen Abgeordnetenhauses erklärt und gedroht, dasselbe immer und immer wieder aufzulösen, wenn es in dieser Frage, wie bisher, eine Politik der Hinhaltung befolgen werde. Man mußte nach diesen Ausführungen erwarten, daß die Wahlbewegung, soweit die Regierung darauf Einfluß hat, sich vorzugsweise um die Frage eines neuen Verwendungsgesetzes bezw. der Entlastung drückender Steuern und der Befriedigung dringender staatlicher Bedürfnisse durch neu zu beschaffende Reichseinnahmen drehen würde. Indessen hat bis jetzt die Regierung sehr wenig oder nichts gethan, die Steuerreformfrage zum Mittelpuncte der Wahlbewegung zu machen. Seit den letzten gesetzgeberischen Verhandlungen über die Steuerreformfrage steht ein neuer Minister an der Spitze der preußischen Finanzverwaltung. Mit welchem „Programm" er aber sein Amt angetreten hat, inwiefern sich seine Ziele von denen seines Vorgängers unterscheiden, ob und welcherlei steuerpolitische Vorlagen dem künftigen Landtage zugehen werden, darüber ist noch so gut wie nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Es macht den Eindruck, als ob seit der Ablehnung des Tabakmonopols in der Behandlung dieser Frage ein Umschwung eingetreten, als ob man von den ausschweifenden Plänen der jüngsten Vergangenheit einigermaßen zurückzukommen wäre.

Die Vorgänge in dem Wahlkreise Pinneberg, wo sich Eugen Richter in demonstrativem Widerspruche gegen die Neumünsterer Verständigung aller liberalen Richtungen als Candidat gegen den national liberalen Abgeordneten Schütt, den hauptsächlichen Befürworter eines gemeinsam liberalen Vorgehens, hat aufstellen lassen, gewinnen eine weit über die locale Bedeutung hinausgehende Tragweite und könnten für die Gestaltung der Parteiverhältnisse von großer Wichtigkeit werden. Das Vorgehen Richter's findet in der schleswig-holsteinischen liberalen Presse die entschiedenste Mißbilligung; auch die Berliner Fortschrittspresse hält mit ihrer Zustimmung zurück. Die „Kieler Ztg." sagt sehr deutlich: „In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Richter'sche Candidatur in Pinneberg nur unternommen zu sein scheint, um das Einigungswerk und den Einfluß Hänel's zu untergraben." Auch die „Vossische Zeitung" charakterisirt den Vorfall als eine Differenz zwischen dem Berliner Centralwahlcomité der Fortschrittspartei und dem Kieler Ausschuß der liberalen Partei in Schleswig-Holstein, oder wenn man die Sache auf Personen zuspitzen wolle, zwischen Richter und Hänel. Eine der „Voss. Ztg." „aus dem Schooße des Kieler Ausschusses" zugehende Correspondenz sagt: „Hänel hat sich für die Vereinbarung mit den Nationalliberalen so engagirt, daß er entschlossen sein muß, sie nothwendigen Falls mit aller Energie zu vertheidigen. Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Richter und Hänel scheint definitiv beseitigt". Und Herr Hänel selbst bestätigt in einem jüngst veröffentlichten Schreiben, daß er an der Verständigung festhalten werde und fügt die bemerkenswerthe Mittheilung hinzu, daß er bei seinem ernsthaften und ehrlichen Versuch, die Liberalen zu einigen, wohl gewußt habe, daß innerhalb seiner eigenen Partei eine Richtung vorhanden und gerade in den bestehenden fortschrittlichen Organisationen vertreten sei, welche einer frischen Verständigung offen und im Stillen schwere Hindernisse bereiten werde. — Es ist mit diesem Vorgang handgreiflich bewiesen, daß die Fortschrittspartei, soweit sie dem Commando Richter's folgt, eine ehrliche und aufrichtige Verständigung unter den liberalen Parteien gar nicht will, ihr die größten Hindernisse in den Weg legt und, wenn sie trotzdem zu Stande kommt, ihr einfach die Anerkennung verweigert. Nun lasse man uns aber auch seitens dieser fortschrittlichen Gruppe mit Einigkeitsphrasen fernerhin in Ruhe! Was für eine Einigkeit die Berliner Fortschrittskreise im Sinne haben, sehen wir an den schleswig-holsteinischen Vorgängen.

Hinsichtlich der Frage betreffend die Gleichmachung der deutschen Postwerthzeichen erscheint es nicht ohne Bedeutung, daß bei der letzten, im Frühjahr d. J. abgehaltenen höheren Postdienstprüfung im Königreich Württemberg den Candidaten unter Anderem folgende Aufgabe zur schriftlichen Bearbeitung gestellt worden war: „Wäre die Einführung einheitlicher Postwerthzeichen für das ganze deutsche Reich in der Weise möglich, daß jede der drei deutschen Postverwaltungen die ihrem Verkehr und den bestehenden Portobezugsverhältnissen entsprechenden Einnahmen verbleiben würden, und daß dabei die für das Publicum zu erhoffenden Vortheile im richtigen Verhältniß zu der mit den erforderlichen Verkehrungen verknüpften Geschäftslast für die Organe der Post ständen?" — „Candidat hat je nach seiner Auffassung entweder die der Ausführbarkeit der Maßregel entgegenstehenden Gründe, oder, wenn er die Einrichtung unter den bezeichneten Voraussetzungen für durchführbar hält, die Momente, welche behufs genauer Feststellung der jeder der drei deutschen Postverwaltungen, insbesondere der württembergischen, zustehenden Einnahmen berücksichtigt werden müssen, möglichst vollständig, wenn auch gedrängt, zum Ausdruck zu bringen".

Das Septemberheft der von Richard Fleischer herausgegebenen „Deutschen Revue" wird einen Artikel gegen die Wählbarkeit der Geistlichen bringen. Die Seelsorger sollen nach den Ausführungen des Artikels von den politischen Kämpfen möglichst fern gehalten werden. Ein Hauptgrund gegen die Wählbarkeit der Geistlichen liege aber in der straffen Organisation der katholischen Kirche, welche die Theilnahme der Geistlichen am politischen Leben gefährlich erscheinen lasse. „Sollten daher die jetzt mit Rom angeknüpften Verhandlungen" — mit diesen beachtenswerthen Worten schließt der Verfasser — „unerachtet der vielleicht schon allzu großen Nachgiebigkeit der preußischen Regierung scheitern, so wird (das wagen wir zu prophezeihen) die Nichtwählbarkeit der Geistlichen für den deutschen Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus von einer politischen Autorität verlangt werden, welche gewohnt ist, ihre Forderungen durchzusetzen".

Wie schon gestern aus Brüssel mitgetheilt, stände eine hochinteressante Veröffentlichung dort in Aussicht. In den „Annalen der Akademie" von Brüssel sollen nächstens Denkwürdigkeiten aus der diplomatischen Laufbahn Jean Baptiste Nothomb's erscheinen. Der Historiker Juste, als sein langjähriger Freund, giebt die Denkwürdigkeiten heraus. Dieselben enthalten unter Anderm ein Document, laut welchem am 5. September 1878 der Papst an Herrn v. Nothomb die Aufforderung richtete, zwischen ihm und Bismarck den Frieden zu vermitteln, dessen Abschluß die deutschen Bischöfe und Ultramontanen hintertrieben. Nothomb, einer der hervorragendsten belgischen Staatsmänner, war bis zu seinem Tode bekanntlich jahrelang Gesandter Belgiens in Berlin und ein großer Verehrer des Fürsten Bismarck. Mit dem Papste Leo war er von jener Zeit her wohl bekannt, da Leo noch als einfacher Nuntius Pecci in Brüssel beglaubigt war. Herr v. Nothomb, sowohl Freund Bismarck's als Freund des Papstes, erschien somit als eine der besten Vertrauenspersonen bei den einzuleitenden Verhandlungen. In Belgien und in Deutschland wird das obige Document seinen Eindruck nicht verfehlen, denn es zeigt von Neuem, wen die Schuld an der Erfolglosigkeit der kirchlichen Friedensverhandlungen trifft.

Wir theilten gestern unsern Lesern in einem Privattelegramm mit, daß ein vor Kurzem in Wien stattgefundener Raubmordversuch mit socialrevolutionairen Umtrieben in Zusammenhang stehe. Diese Meldung wird uns heute bestätigt, denn die Wiener Blätter vom Freitag bringen ein vollständiges „Mitgetheilt" über das in Rede stehende, am 4. Juli d. J. an dem Schuhmacher Werstallinger begangene Raubattentat, worin es heißt, schon längere Zeit werde in den Journalen der Revolutionspartei des Auslandes die Aufwiegelung der Arbeitermassen zur Vernichtung der Staatsinstitutionen betrieben und durch den unläugbaren Einfluß dieser Preßerzeugnisse habe sich auch in Wiener Arbeiterkreisen eine Fraction gebildet, welche den anarchistischen Standpunct Most's vertrete. Die Wiener Sicherheitsbehörde habe Anzeichen dafür gewonnen, daß das Raubattentat gegen Werstallinger von Anhängern der Wiener radicalen Arbeiterpartei verübt worden sei, um Agitationsgelder aufzubringen. In Folge der vorgenommenen Erhebungen sei ein Theil des gestohlenen Gutes in der Wohnung eines gegenwärtig flüchtigen fanatischen Führers der Umsturzpartei, ein anderer Theil bei einem mit diesen Kreisen hirten Goldarbeiter vorgefunden worden. Auch seien Correspondenzen mit Beschlag belegt, welche die Verhaftung noch anderer betheiligter Socialisten ermöglichten. Die amtlichen Feststellungen hätten ergeben, daß die verbrecherische That ihre Schatten bis in die Redactionsstube eines Wiener socialdemokratischen Blattes werfe. Einzelheiten würden bei der noch schwebenden Untersuchung nicht veröffentlicht. — Ueber die Raubaffaire selbst ist Folgendes zu bemerken:

An dem genannten Tage traten zwei elegant gekleidete Herren in den Laden des Werstallinger. Die beiden Herren theilten dem Meister nach ihrem Eintritte in das Gewölbe mit, daß sie größere Einkäufe besorgen möchten. Darauf machte ihnen Werstallinger verschiedene Angebote zu einem etwas höheren Preise. Die Beiden lehnten den Preis ab und zeigten sich hierbei mit der Schuhwaaren-Fabrikation im Allgemeinen sowie mit den Detailpreisen so vertraut, daß der Fabrikant äußerte, „er sehe wohl, daß die Herren vom Fache sind." Zuletzt kam eine Einigung zu Stande, und Werstallinger holte aus dem Wohnzimmer das Einschreibebuch, um die Bestellung zu notiren. Als er wieder in den Laden zurückgekehrt war, ergriffen ihn die Beiden an den Armen und preßten ihm einen mit Schwefeläther getränkten Schwamm in Mund und Nase. Trotz seiner energischen Gegenwehr konnte er sich von seinen Angreifern nicht losmachen, ward in kürzester Zeit betäubt und stürzte zu Boden. Die Thäter begaben sich nun in das Wohnzimmer und erbrachen dort die oberste Lade eines Kastens, aus welcher sie einen Baarbetrag von ungefähr 800 fl. und diverse Pretiosen entwendeten. Wie genau die Verbrecher informirt sein mußten, geht daraus hervor, daß sie zwei andere im Zimmer befindliche Kasten völlig unberührt ließen und am dritten Kasten nur die oberste Lade, in welcher sich das Geld und die Werthsachen befanden, aufsprengten. Werstallinger galt im Hause für einen wohlhabenden Mann, und erzählte man von ihm, er habe sein Capital in einem alten Koffer, der in der Küche versteckt sei. Auch davon wußten die Räuber, holten aus der finsteren Küche den unscheinbaren, mit einem Fell überzogenen Koffer, welcher unter einer Wasserbank stand, hervor, trugen ihn ins Wohnzimmer und sprengten ihn dort mit einem sogenannten Schusterschleifeisen, welches sie aus der Werkstätte genommen, auf. Doch entbirgt der Koffer, welcher von einer verstorbenen Schwester der Wirthschafterin des Meisters stammt, nur Wäsche. Dann erbrachen sie in dem Gewölbe eine Handcasserte, welche die Tageslosung, ungefähr 300 fl., enthielt und von welcher nur die im Geschäfte Bekannten wußten. Damit hatten die Thäter Alles, was an Geld und Pretiosen im Laden und in der Wohnung zu finden war, sich angeeignet und fuhren weg. So viel über sie eruirt werden konnte, soll einer blond sein und einen blonden Schnurrbart haben. Die Polizei-Direction hat sodann eine Kundmachung erlassen, welche das folgende Verzeichniß der geraubten Werthsachen enthält: Vier Stück Hunderttulden-Banknoten neuer Emission; ein goldenes, altmodisches, manschettenartig geformtes Armband, 6—8 Centimeter breit, in der Mitte mit einem Lilasteine und zu beiden Seiten mit Brillanten; zwei Paar goldene, altmodische Ohrgehänge, schlangenförmig, mit rothen Steinen besetzt; eine gleichförmige Brosche; ein goldener Ring, mit 23 Rauten besetzt, 250 Gulden werth; ein goldener Damenring mit grünen Steinen und mit zwei Rauten; eine goldene Taschenuhr alter Façon, stark guilochirt, mit kurzer Goldkette, daran ein Schlüssel und Pferdefüßchen aus Corneol; drei goldene schwere Siegelringe, alter Façon, einer mit einem grünen, die beiden anderen mit rothen Steinen besetzt; mehrere goldene Damenringe, deren nähere Beschreibung vorderhand noch fehlt; eine blaue Papierschachtel und ein hölzernes Schüsselchen, mit Silbergulden-Stücken und mit Silberscheidemünzen (zusammen mehrere hundert Gulden) gefüllt und eine goldene Damenuhr. „Von den Thätern" — heißt es in der polizeilichen Kundmachung — „ist einer ungefähr 30 Jahre alt, von großer Statur, mager, hat blondes Haar und wahrscheinlich auch blonden Schnurrbart; der andere ist älter als jener, von kleiner untersetzter Statur, brünett. Beide tragen anständige dunkle Kleidung."

Es wurde ferner bekannt, daß der kürzlich aus Pest gemeldete Diebstahl in dem Palais des Grafen Andrassy von derselben Seite zu gleichem Zwecke ausgeführt wurde. Zehn Individuen, darunter auch der in Deutschland bekannte Parteigänger Most's, Pruckert, sind verhaftet. Zwei sind geständig. Die in Beschlag genommenen Correspondenzen ergaben den unwiderlegbaren Beweis von der Schuld.

Gelegentlich der jüngst in Rokizan in Böhmen abgehaltenen hussitischen Volksversammlung hat ein hussitisch gesinnter Lehrer eine längere, mit großem Beifall aufgenommene Rede gehalten, welche die feudal-klerikalen Czechenführer in Prag und Wien sich hinter die Ohren schreiben sollen. Der Redner sagte unter Anderem: „Liebe hussitische Brüder und Schwestern! Das, was gegenwärtig und seit vielen Jahren in unserem Vaterlande vorgeht, wird dem czechischen Volke nie und nimmer die Freiheit bringen. Der nationalen und politischen Freiheit muß unbedingt die religiöse, die Gewissensfreiheit vorangehen, weshalb wir vorerst ein religiös-aufgeklärtes Volk werden müssen. Daher „Hoch der hussitische Reich!" (Donnernder Beifall.) „Seht Euch doch", fuhr der Redner fort, „die gegenwärtigen, sogenannten Führer der czechischen Nation sammt ihrem Anhange genau an und sagt, ob es möglich, daß von diesen Finsterlingen und Egoisten für Böhmen etwas Gutes zu erwarten sei. (Stürmische Rufe: „Nein, nein!") „Wir müssen vor Allem unserer Geschichte treu bleiben und unablässig für die Aufklärung unseres armen böhmischen Volkes wirken. Und das thun wir allein; wo sind die Anderen?" — Diese Rede wurde selbstverständlich von den tonangebenden, altczechischen Blättern todtgeschwiegen, nur einige jungczechische erwähnen sie.

Der Vorstand der czechischen „Beseda" (Unterhaltungs-Verein) in Pilsen hat auf Befragen sämmtlicher Vereinsmitglieder beschlossen, wieder eine Anzahl deutscher Zeitungen und Zeitschriften aus dem Lesezimmer des Vereins „auf immer" zu entfernen, weil jene sich „grober Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die czechische Nation" schuldig gemacht hätten. Von den größeren Wiener Blättern liegt gegenwärtig im Lesezimmer des genannten Vereins nur mehr die alte Wiener „Presse" und von Journalen aus dem deutschen Reiche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus. Es scheint also, daß zumal letztere sich der Sympathien der Czechen erfreut.

Wie man aus Genua meldet, sind im dortigen Hafen aufs Neue Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um das Auslaufen von Fahrzeugen zu verhindern, die nach Caprera zur Verbrennung der Leiche Garibaldi's sich begeben wollen.

Die holländische Ministerkrisis dauert nun bereits beinahe vier Monate und noch immer ist keine bestimmte Aussicht vorhanden, daß dieselbe ein baldiges Ende nehmen werde. Die Bemühungen des Herrn van Lynden zur Reconstruction des bisherigen Ministeriums, nachdem Herr Tak van Poortvliet vergeblich versucht hat, ein liberales Cabinet zu bilden, begegnen ernsten Schwierigkeiten in dem Finden eines neuen Finanzministers, der die lang geplante Steuerreform durchführen soll. Es verlautet jetzt, Herr van Lynden werde nunmehr selber das Finanzministerium wieder übernehmen, dagegen nur ein neuer Minister des Aeußern, Handels- und Colonienminister auftreten, d. h. die übrigen Minister des bisherigen Cabinets verbleiben. Inzwischen dauert der unhaltbare Zustand fort, welcher die Abschaffung des Handelsvertrags mit Frankreich durch die Zweite Kammer zur Folge hatte, nämlich die Anwendung des Generaltarifs auf Holland seit dem 15. Mai! Nette Zustände das, worüber selbst sonst lammfromme holländische Blätter ihre Entrüstung ausdrücken.

Die seit einiger Zeit wieder stark betriebene Deutschenhetze in der Pariser Presse übt ihre Wirkung. Der deutsche Turnverein in Paris hat seit Jahren in demselben Locale Rue St. Mark seine wöchentlichen Versammlungen abgehalten, wobei stets deutsche Lieder gesungen wurden. Der Polizei-Commissar des Stadtviertels hat nun den Vorstand des Vereins aufgefordert, das Singen fürderhin zu unterlassen, da er davon unterrichtet sei, daß Patrioten die Absicht hätten, solches zu verhindern, und er außer Stande sei, dem Verein polizeilichen Schutz zu gewähren.

Die Art und Weise, in welcher die bereits verhafteten Mörder der Familie Joyce in Mullaghadruma in der Grafschaft Galway entdeckt wurden, ist an sich sehr merkwürdig. In der Nacht, in welcher der Mord verübt wurde, erwachte ein Pächter durch das Bellen seines Hundes, stand auf und sah durch das Fenster sechs Männer, welche er kannte, die Straße entlang ziehen. Da er einen Anschlag auf seinen Bruder fürchtete, eilte er auf einem kürzern Wege nach der Wohnung des letztern, weckte denselben und dessen Sohn, worauf die drei den sechs Männern nachschlichen. Später gesellten sich vier andere Gestalten den letztern zu, worauf sie den Weg nach der Hütte der Familie Joyce einschlugen. Die drei Nachspürer versteckten sich hinter einem Gebüsche in dem Garten Joyce's und hörten dort das Hülfegeschrei der Ueberfallenen. Da sie sich aber nicht stark genug fühlten, um sich mit den zehn bewaffneten Mördern messen zu können, flüchteten sie entsetzt von dem Schauplatz des Mordes. Es ist unter den gegenwärtigen Zuständen in Irland überraschend, daß sie wenigstens den Muth hatten, die Mörder namhaft zu machen.

Die Engländer scheinen den Franzosen durch persönliche Liebenswürdigkeit die bittere Pille der egyptischen Enttäuschung versüßen zu wollen. Lesseps scheint ganz entzückt von seinen neuen Freunden zu sein. So wird dem „Temps" aus Ismailia gemeldet, daß Lesseps der einzige Fremde ist, dem die Briten die Benutzung des Telegraphen gestatten. Diese Ehre wird Lesseps wahrscheinlich um so höher anschlagen, als die Engländer gleichzeitig alle jene Leitungen unterbrochen, durch welche er etwa mit dem Feinde in Verbindung treten könnte. Die Schweifwedeleien, mit denen die französischen Officiösen in geschlossener Phalanx und musterhafter Ordnung Tag für Tag vor John Bull Parade machen, zu einer Zeit, wo der britische Löwe seine schwere Tatze auf ein Werk des französischen Geistes, den Suezcanal legt, amüsiren natürlich die stolzen Briten nicht wenig. Der „Standard" legt mit ernster Denkerstirn sich die Frage vor, wie dieses räthselhafte Phänomen zu erklären, räthselhaft zumal, wenn man sich vergegenwärtigt, wie England Zeter und Mordio schreien und vor Allem wie es handeln würde, wenn die Franzosen mit 20,000 Mann im Mailande ständen und den Khedive zu ihrem gehorsamen Diener machten. Doch der „Standard" glaubt das Wort des Geheimnisses gefunden zu haben: wenn Frankreich jetzt vor Albion kriecht, statt ans Schwert zu schlagen, so kommt Das daher, daß Großbritannien eine kaiserliche Macht ist, Frankreich nicht; daß Asien und Afrika für England von ebenso großer Bedeutung sind wie Europa, während Frankreichs wahre Stärke zwischen Nil und Atlantis, zwischen Canal und Pyrenäen liegt, nicht am Nil, nicht unter dem Schatten der Pyrenäen! Diese gesunde Erkenntniß, meint das conservative Organ, sei den Franzosen jetzt über Nacht gekommen. Natürlich schüttet das Torybiatt ob solcher Vernunft und Einsicht, die es sonst nicht an den Galliern gewohnt ist, das Füllhorn seines Lobes aus. Und die Franzosen mögen es wissen, daß sie jenseits des Canals nichts zu suchen haben. Zwar liegen dort einige schöne Länder, größer als Frankreich, die unter französischer Herrschaft oder französischem Einfluß stehen, und die Franzosen machen neuerdings große Anstrengungen, um in Hinter-Asien und Syrien Boden zu fassen. Sie können sich diese Mühen im Osten jetzt sparen; ihre Domäne heißt — Tunis und Revanche; denn so will' es Gambetta.

Ein englischer Armeelieferant, britischer Unterthan, welcher es übernommen hatte, eine große Menge von Ochsen nach Egypten zu liefern, hatte in Konstantinopel Treiber gemiethet. Derselbe that nicht wenig erstaunt, als der Stadtpräfect auf seinem Bureau erschien und ihn anklagte, Soldaten für das englische Heer geworben zu haben. Trotz der Erklärungen, welche er dieser Auffassung entgegensetzte, wurde ein großer Theil der gemietheten Leute verhaftet, es sollen darunter auch österreichische Unterthanen sein. Dieser Vorfall sowie der Umstand, daß in Smyrna die von den Engländern gekauften Maulthiere angehalten wurden, werfen ein eigenthümliches Licht auf das Verhältniß zweier Mächte, welche eben dabei sind, über eine Militairübereinkunft zu unterhandeln. — Es heißt, daß in Kurdistan eine aufständische Bewegung sich rege, welche die Entsendung türkischer Truppen nothwendig mache. Sollte diese Nachricht sich bestätigen, so würde die Lage des osmanischen Reiches sich sehr bedenklich gestalten; denn hinter den freiheitliebenden Kurden dürften russische Kosaken zum Vorschein kommen.

Vermischtes.

Greiz, 25. August. Heute früh 6 Uhr wurde die Todesstrafe an dem Mörder Johann Gottlieb Kober von Lunzig vollstreckt. Derselbe hatte am 11. December 1881 in seinem Gehöfte den Pflegevater seiner Ehefrau, den alten Auszügler Johann Michael Jahn seines Ortes, weil derselbe nicht über ein ihm nicht gezahltes Capital von mehreren hundert Mark quittiren, vielmehr wegen desselben und wegen rückständiger Auszugsleistungen gegen Kober im Klagwege vorgehen wollte, durch Erwürgen getödtet und ihn schließlich an einer Leiter aufgehängt, um glauben zu machen, der alte Jahn habe seinem Leben selbst ein gewaltsames Ende gesetzt. Das Schwurgericht zu Gera verurtheilte den Kober, der in der Voruntersuchung und während der Schwurgerichtssitzung die grausame That bis zuletzt hartnäckig verleugnet und schließlich nur theilweise eingeräumt hat, wegen Mordes zum Tode und wegen Diebstahls (er hatte dem alten Jahn nach vollbrachter That die Taschen geleert) zu einigen Wochen Gefängniß. Wie Kober das damalige Todesurtheil ruhig und kalt entgegennahm, ebenso ruhig soll er sich die letzten Tage über in seiner Zelle benommen haben, nachdem ihm bekannt gegeben worden war, daß er sein Leben verwirkt habe. Vorgestern haben, wie man erzählt, seine Frau und seine 8jährige Tochter von ihm Abschied genommen, wobei er sich ebenfalls ruhig gezeigt. Bezüglich seines Verbrechens hat er noch am gestrigen Tage der weltlichen Obrigkeit gegenüber ein offenes reumüthiges Geständniß abgelegt, nachdem er solches dem ihn besuchenden Geistlichen schon früher geoffenbaret haben soll. Als am Donnerstag Nachmittag die für die Königl. sächs. Gerichte in Dresden aufbewahrte Guillotine im hinteren Hofe des Gerichtsgebäudes aufgestellt worden war, empfing Kober in seiner Zelle das heilige Abendmahl. Heute früh 6 Uhr nahmen auf den im Richthofe errichteten Banktribünen die gesetzlich vorgeschriebenen Beamten im Talare, sowie die ebenfalls gesetzlich festgestellten 12 Zeugen, die aus den Vertretern der Stadt gewählt worden waren, Platz. Herr Staatsanwalt Hofmann eröffnete die ernste Handlung bei unheimlicher Stille mit folgenden Worten: „Das was uns in dieser frühen Morgenstunde zusammengeführt hat, ist ein tiefernster Act. Es gilt die Vollstreckung einer Todesstrafe, die nach menschlichem und göttlichem Rechte ein schweres Verbrechen,

SLUB
Wir führen Wissen.